

1 Die SPD Pankow möge beschließen:

2

3 Die SPD Pankow lehnt das Bedingungslose Grundeinkommen ab und setzt sich stattdessen für  
4 gerechte und geregelte Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der  
5 Arbeitnehmer\*innen ein. Das bedeutet für uns eine gerechte Entlohnung, Teilhabe an den sozialen  
6 Sicherungssystemen möglichst aller Menschen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die SPD  
7 Pankow setzt sich für eine Arbeitswelt ein, die Anerkennung und Chancen bietet, die zwischen den  
8 Sicherheitsbedürfnissen und Flexibilitätsansprüchen einen Kompromiss zum Wohle der  
9 Arbeitnehmer\*innen findet und eine lebenslange berufliche Entwicklung fördert. Eine gerechte  
10 Arbeitswelt bedeutet auch Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern sowie einen  
11 existenzsichernden Mindestlohn.

12

13 Begründung:

14

15 Nach intensiven Debatten zeigt sich, dass das BGE als Konzept für eine gerechtere und sozialere Welt  
16 diese Versprechen nicht halten kann. Der von der SPD aufgebaute Wohlfahrtsstaat, wäre mit der  
17 Einführung des BGE nicht mehr tragfähig.

18 Denn die sozialen Sicherungssysteme, auf die der Wohlfahrtsstaat baut, basieren auf Erwerbsarbeit.  
19 Befürworter des BGE nutzen gerade diese Zahlungen aus den sozialen Sicherungssystemen, um die  
20 Umsetzbarkeit des BGE unter Beweis zu stellen. Wenn die Erwerbsarbeit im heutigen Sinne aber  
21 wegfallen würde, würde damit auch die Quellen der Leistungen aus der sozialen Sicherung versiegen  
22 (Sozialabgaben, die von Arbeitnehmer\*innen und –geber\*innen getragen werden) und damit das  
23 BGE nicht mehr finanzierbar sein.

24

25 Das BGE verspricht Abbau der Ungleichheit, stattdessen würde es aber durch das (bedingungslose)  
26 Gießkannenprinzip, bestehende Ungleichheit beibehalten, wenn nicht sogar noch verschärfen: Wenn  
27 ohnehin hohe Vermögen mit der selben Zahlung wie geringe Vermögen bedacht würden, wäre am  
28 oberen Ende der Vermögensskala das BGE eher ein „Taschengeld“ wenn am unteren Ende, je nach  
29 herrschenden Lebensverhältnissen, das BGE knapp bis gar nicht zum Leben reichen würde. Es stellt  
30 sich die Frage, wo dabei das Versprechen nach mehr (Wahl-)Freiheit eingelöst wird.

31 Weiterhin bleibt zu befürchten, dass das Versprechen von Freiheit und Entfaltung eher für die höher  
32 gebildeten Menschen zutreffen würde, als für Menschen, die aufgrund ihrer Fähigkeiten nur einen  
33 geringeren Zuverdienst oberhalb des BGE erhalten würden. Die Menschen wären weiterhin auf ihre  
34 Arbeit angewiesen.

35

36 Auch die Arbeitgeber, die sich eigentlich ihrer sozialen Verantwortung stellen müssten, könnten sich  
37 durch die Einführung des BGE dieser entziehen, da sie nicht dafür sorgen müssten,

38 a) Sozialabgaben zu zahlen

39 b) Für hohe Beschäftigung zu sorgen, da Menschen notfalls in das BGE „zurückfallen“

40 c) Hohe Löhne zu zahlen, da ein Großteil des Lohns durch das BGE übernommen würde. Das  
41 wäre einer breiten staatlichen Subventionierung von Unternehmen gleichzusetzen.

42 In der Debatte darf nicht vergessen werden, dass Arbeit mehr ist, als nur „finanzielle Absicherung“:  
43 Arbeit hat einen identitätsstiftenden Charakter und ist damit Ausgangspunkt für Zufriedenheit und  
44 Gesundheit. Dies anzuerkennen und den Ansprüchen nach Fürsorge, Gerechtigkeit und Würde  
45 gerecht zu werden, ist Aufgabe der Sozialdemokratie und nicht mit dem BGE realisierbar.

46

47

48

49

50